

Obdachlosigkeit in Kiew: Schuld, Schicksal oder Nebenwirkung des Übergangs zum Kapitalismus?

Rjabtschuk, Anastasia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rjabtschuk, A. (2006). Obdachlosigkeit in Kiew: Schuld, Schicksal oder Nebenwirkung des Übergangs zum Kapitalismus? *Ukraine-Analysen*, 13, 2-5. <https://doi.org/10.31205/UA.013.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



OBdachlosigkeit

■ ANALYSE		
	Obdachlosigkeit in Kiew: Schuld, Schicksal oder Nebenwirkung des Übergangs zum Kapitalismus? Anastasia Rjabtschuk, Paris	2
■ DOKUMENTATION		
	Ukraine: Kabinett reguliert Aktivitäten der Registrierungszentren für Obdachlose	5
■ STATISTIK		
	Unterstützungsleistungen der Stadt Kiew für Bedürftige	6
■ UMFRAGE		
	Obdachlose in den Augen großstädtischer Bevölkerung	6
■ STATISTIK		
	Die soziale Lage in der Ukraine und in Kiew	7
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Chronik vom 26. September bis zum 10. Oktober 2006	11

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Oktober 2006. Thema wird der ukrainische Wohnungsmarkt sein.



Analyse

Obdachlosigkeit in Kiew: Schuld, Schicksal oder Nebenwirkung des Übergangs zum Kapitalismus?

Von Anastasia Rjabtschuk, EHESS, Paris

Zusammenfassung

In der Sowjetunion wurden Obdachlose strafrechtlich verfolgt und waren im Straßenbild nicht vorgesehen. Allein in Kiew gibt es mittlerweile mehrere Tausend Obdachlose. Der Beitrag gibt einen Überblick über Obdachlosigkeit in Kiew und analysiert die gesellschaftliche Haltung zu Obdachlosigkeit. Die Darstellung basiert auf 60 halbstrukturierten Interviews, die von 2003 bis 2004 durchgeführt wurden.

Einleitung

In der Sowjetunion wurden Obdachlosen, denen Landstreicherei, Betteln oder eine „parasitäre Lebensweise“ vorgeworfen wurde, zu ein bis vier Jahren Gefängnis oder gemeinnütziger Arbeit verurteilt (gemäß Art. 214 Strafgesetzbuch der Ukrainischen SSR). Psychisch kranke Obdachlose wurden zwangsweise in Krankenhäuser eingeliefert und Behinderte oder ältere Menschen wurden in spezielle Heime eingewiesen. Gleichzeitig wurde allen Bürgern Arbeit, Wohnung, Ausbildung und medizinische Versorgung garantiert. Das Fehlen von Obdachlosen in der Sowjetunion kann so erklärt werden zum einen durch das Versorgungssystem (Vollbeschäftigung, soziale Garantien und Stabilität) und zum anderen durch das Kontrollsystem (Kontrolle über das Privatleben, Unterdrückung aller Abweichungen von der sozialistischen Norm). Heute werden Obdachlose nicht mehr verhaftet, sie werden nicht gezwungen zu arbeiten und sie werden nirgends eingewiesen. Aber genausowenig werden ihnen Arbeit, Unterkunft und soziale Sicherheit garantiert. Das Fehlen eigenen Wohnraums wurde zum Problem der Obdachlosen selbst.

Das plötzliche massenhafte Auftreten von Obdachlosen mit dem Zerfall der Sowjetunion beunruhigte. Noch vor 20 Jahren besaßen diese Obdachlosen Wohnraum und die meisten von ihnen waren „normale“ Bürger, meistens Arbeiter. In diesem Beitrag möchte ich die Gründe für Obdachlosigkeit in der postsowjetischen Ukraine analysieren: Arbeitslosigkeit und Anstieg der sozialen Ungleichheit beim Übergang zum Kapitalismus. Dabei geht es sowohl um die soziale und politische Exklusion der Obdachlosen als auch um ihre kulturelle Marginalisierung durch die herrschenden Normen und Werte.

Definition und Zahl der Obdachlosen

Ich definiere mit Fallic und Oberlander Obdachlosigkeit als Fehlen eines festen Wohnsitzes, der als Wohnraum für einen angemessenen Preis Privatsphäre und

Sicherheit bietet und Anspruch auf Sozialleistungen ermöglicht. Angaben zur Zahl der Obdachlosen in der Ukraine sind lückenhaft und teilweise widersprüchlich. Die Tageszeitung Ukraina Moloda (23.03.2005) nennt ausgehend von einer niederländisch-ukrainischen Untersuchung für Kiew eine Zahl von 3.500 Obdachlosen. Nach dieser Untersuchung sind 63% der Obdachlosen männlich. 57% sind zwischen 30 und 40 Jahren alt, 13% sind 20 bis 29 Jahre alt und nur 6% sind im Rentenalter. 35% besitzen eine mittlere Schulbildung oder haben eine Ausbildung absolviert. Jeder fünfte hat einen Hochschulabschluss.

Was die Gründe der Obdachlosigkeit betrifft, so sind die Zahlen sehr unterschiedlich. Die oben zitierte Untersuchung stellt fest, dass nur 4% aus freier Entscheidung obdachlos sind. 13% wurden nach ihrer Scheidung obdachlos, 12% nach dem sie aus dem Gefängnis entlassen wurden, 10% sind Opfer von Betrügern und weitere 10% verließen ihre Wohnung nach einem Konflikt mit Familienangehörigen.

Bei der Parlamentsanhörung „Über die Probleme obdachloser Bürger und Kinder sowie Lösungsansätze“ im Dezember 2003 wurde hingegen behauptet, dass 83% der Obdachlosen Angebote einer geregelten Beschäftigung ablehnen. Dabei wurde impliziert, dass sie sich alle frei für die Obdachlosigkeit entschieden hätten. Gleichzeitig wurde angegeben, dass 38% der Obdachlosen ehemalige Häftlinge waren. Die politische Stellungnahme steht also in deutlichem Widerspruch zur wissenschaftlichen Analyse.

Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums sind in der Ukraine insgesamt über 23.000 Erwachsene und etwa 129.000 Kinder obdachlos, von denen 2002 insgesamt 2.200 straffällig wurden. Weitere offizielle Daten besitzt das Arbeits- und Sozialministerium zu Übernachtungen in Obdachlosenheimen. Wohltätigkeitsküchen erfassen ebenfalls die Zahl der Nutzer. Das Familienministerium führt Daten zu obdachlosen Kindern. Zusätzlich erfassen die Leichenschauhäuser die Zahl der

Todesfälle unter Obdachlosen. Die jeweiligen Zahlen demonstrieren jedoch nur Teilaspekte des Problems. Sie sollten deshalb nur als Anhaltspunkte und nicht als definitive Zahlenangaben gesehen werden.

Gesellschaftliche Haltungen zur Obdachlosigkeit

„Sie sind selber schuld“ oder „sie haben Pech gehabt“ sind die zwei zentralen gesellschaftlichen Stereotypen zur Erklärung von Obdachlosigkeit. In den üblichen Darstellung in den Massenmedien werden die Obdachlosen so einerseits beschuldigt, an ihrem Schicksal selber schuld zu sein bzw. es gar nicht anders zu wollen („sie bleiben gerne auf der Strasse“), andererseits wird die Obdachlosigkeit oft auch als „ein Unfall“ dargestellt, der „jeden treffen kann“ und wohlthätige Hilfe verlangt.

Die Darstellung von Obdachlosigkeit als selbstverschuldet wird von Soziologen, so u.a. von T. Wright, als „konservativ“ bezeichnet. Sie versteht Obdachlosigkeit als Folge der persönlichen Charaktereigenschaften. Dabei werden Obdachlose als gefährliche asoziale Personen dargestellt, die als Verbrecher, Alkohol- und Drogenabhängige eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen. In diesem Sinne berichtet etwa die Zeitung „Gazeta po-kiewski“ (15.8.2006) von Obdachlosen, die Spendengeld aus Brunnen „klauen“ und dadurch den Profit der wohlthätigen Organisationen schmälern. Die Zeitung „Segodnja“ (18.02.2004) beschreibt Obdachlose als Überträger von Infektionen, „vor denen sich sogar die Mediziner ekeln“.

Dadurch entsteht der Eindruck, dass Obdachlose an ihrem Schicksal selber Schuld sind, unter diesem nur begrenzt leiden und keiner Hilfe bedürfen. Eine meiner Interviewpartnerinnen erklärte so: „Sie [die Obdachlosen] sind gar nicht arm. Sie tun nur so. Sie verkleiden sich als Obdachlose, sie haben eine eigene Mafia, sie teilen die besten Plätze zum Betteln unter sich auf, sie haben ihre eigenen Bosse, die Anteile aus dem Bettelgeschäft bekommen! Sogar die Mülleimer haben sie unter sich aufgeteilt.“

Die konservative Haltung stigmatisiert Obdachlose und verwechselt die Folgen von Obdachlosigkeit, wie schlechte Hygiene, Alkoholismus und asoziales Verhalten, mit den gesellschaftlichen Ursachen von Obdachlosigkeit. Die Armen werden aufgeteilt in solche, die „Hilfe verhindern“, wie etwa Kinder, Behinderte und Rentner, und solche die „keine Hilfe verdienen“, wie Alkoholiker, Drogensüchtige, Verbrecher und Prostituierte. Kulturelle Exklusion von Obdachlosen wird durch die „moralische Überlegenheit der normalen Bürger“ gerechtfertigt.

Andererseits gibt es in den Massenmedien aber auch

die Darstellung der Schicksale konkreter Obdachloser, ihrer alltäglichen Schwierigkeiten und ihrer Überlebensstrategien. In diesem Ansatz, den ich als liberal bezeichnen möchte, wird Obdachlosigkeit nicht als Schuld sondern als Problem konkreter Menschen gesehen, die Hilfe verdienen. Die Wochenzeitung Dzerkalo tishnja (Zerkalo Nedeli) (23.2.2002) schreibt etwa: „Obdachlose sind Menschen, die in Mülleimern wühlen, Flaschen und Altpapier sammeln und betteln. Sie haben dreckige Kleidung, ihre Gesichter sind in der Regel geschwollen und verquollen. Obdachlose erwecken selten Mitleid. Wir haben einfach vergessen, dass sie auch Menschen sind. Die Leute weichen ihnen aus, wie Aussätzigen.“ Der Autor des Artikels ruft zu wohlthätiger Hilfe auf: „Geben Sie ihrem Obdachlosen warme Kleidung, die sie nicht mehr brauchen, damit im Frühjahr weniger Leichen auf den Strassen gefunden werden.“

Andere Zeitungsberichte beschreiben, wie Menschen, die ein „normales“ Leben führten, durch einen Schicksalsschlag plötzlich ohne Obdach dastehen. So wird die Geschichte des Obdachlosen Peter erzählt, der abends Dichterlesungen besucht und sich regelmäßig um das Grab der Dichterin Lesja Ukrainka kümmert (PiK 6.8.2002) oder das Schicksal der Obdachlosen Olga, die von ihrer Familie misshandelt wurde, in die Obdachlosigkeit flüchtete und nach einem Aufenthalt in einem Rehabilitationszentrum die Kraft fand ins „normale“ Leben zurückzukehren (Ukraina Moloda, 23.3.2005). Aus dieser Sicht verdienen die Obdachlosen wohlthätige Unterstützung. Diese Unterstützung beruht aber auf individueller Anteilnahme und nicht etwa auf der Vorstellung menschlicher Grundrechte auf Wohnung und Arbeit, die durch den Staat garantiert werden sollen.

Viele wohlthätige Organisationen vertreten in diesem Zusammenhang einen seelsorgerischen, Ansatz. Sie verweisen auf Krankheiten (Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und psychische Probleme) und Familienprobleme als wesentliche Ursache für Obdachlosigkeit. Erstere können medizinisch behandelt werden, für letztere gibt es individuelle Lebensberatung. In dieser Perspektive wird die Obdachlosigkeit zu einem therapiefähigen Problem. Eine tatsächliche Therapie ist aber in der Regel nicht möglich. Eine Sozialarbeiterin in einem Obdachlosenasyl erklärte im Interview mit mir: „Das ist so, wie wenn man ein Pflaster auf eine Wunde klebt. Es schützt vor Infektionen, aber es führt nicht zur Heilung.“ Auch hier basiert Hilfe auf Wohlthätigkeit und nicht auf einem grundsätzlichen, staatlich garantierten Menschenrecht.

Gleichzeitig steht die Mehrheit der Kiewer

Bevölkerung dem Phänomen der Obdachlosigkeit anscheinend weitgehend gleichgültig gegenüber. Einen Überblick über die Haltung der Kiewer Bevölkerung geben die Tabellen auf Seite 6–7.

Differenzierte Bürgerrechte

Obdachlosigkeit bedeutet politische und wirtschaftliche Exklusion. Die Rechte Obdachloser auf Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben werden nicht geschützt. P. Watson spricht in diesem Zusammenhang von differenzierten Bürgerrechten. Bürger die mehr Kapital (in seinen unterschiedlichen Formen) besitzen, können ihre Rechte besser durchsetzen als andere. Obdachlosigkeit ist ein politisches Problem, weil jeder Bürger ein Recht auf die wichtigsten Funktionen menschlicher Existenz hat.

Eine Wohnung ist eine Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung dieser Rechte und sollte deshalb vom Staat garantiert werden. Ein Mensch ohne festen Wohnsitz kann keine feste Arbeit annehmen, erhält keine Krankenversorgung, kann kein Bankkonto eröffnen, kann an politischen Wahlen nicht teilnehmen, weil für die Wahrnehmung aller dieser Rechte eine Bescheinigung des Einwohnermeldeamtes erforderlich ist. Gleichzeitig hat ein Mensch, der keine ständige Arbeit hat, auch kein Geld, um seine Unterkunft zu bezahlen. Auf diese Weise entsteht ein Teufelskreis. Obdachlose in Kiew können so nur als Tagelöhner etwa im Bauwesen arbeiten und sind nicht sozialversichert.

Solange sie keinen festen Wohnsitz haben, gibt es für sie keine Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Und die staatlichen Programme zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit sind eher Programme zur Bekämpfung der Obdachlosen. Sie bestehen im wesentlichen darin, dass die Polizei die Obdachlosen bei Razzien in Gewahrsam nimmt. Als Grund für den Polizeigewahrsam werden das Fehlen von Personaldokumenten, alkoholisierte Zustand oder Vergehen wie Urinieren in der Öffentlichkeit genannt. Die Obdachlosen werden dann vorübergehend in verschiedene Heime eingewiesen und auf diese Weise vor allem vor Feierlichkeiten aus der Öffentlichkeit verbannt. Gleichzeitig wird Obdachlosigkeit so kriminalisiert.

Seine sozialen Verpflichtungen gegenüber den Obdachlosen erfüllt der Staat hingegen nicht. In Kiew sollen so 10% der neugebauten Wohnungen als Sozialwohnungen genutzt werden. Tatsächlich wurde im letzten Jahr in der Kiewer Innenstadt keine einzige Sozialwohnung ausgewiesen. Das Stadtzentrum wird so Ausdruck einer gespaltenen Gesellschaft, da sich hier selbst durchschnittliche Bürger weder

Wohnraum noch die in den Geschäften angebotenen Produkte leisten können. Die niedrigsten Mieten liegen bei etwa 200 US-Dollar im Monat was dem durchschnittlichen in Kiew gezahlten Arbeitslohn entspricht. Durch die hohen Mieten entstehen in Kiew etliche Risikogruppen, wie Arbeitsmigranten, Arbeitslose, aus den Heimen entlassen Waisen und entlassen Häftlinge.

Soziale Ungleichheit

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft wird in den postsowjetischen Gesellschaften von einer Zunahme sozialer Ungleichheit und Armut begleitet. Die post-sowjetische Wirtschaftskrise führte zu Arbeitslosigkeit und zum Statusverlust der Arbeiter, die früher als Kern der sowjetischen Gesellschaft dargestellt worden waren. Die meisten der von mir befragten Obdachlosen waren zu Sowjetzeiten Arbeiter. Verlust der Arbeit und damit der Möglichkeit die Familie zu ernähren führte zu einer tiefen Sinnkrise. Die neue Gesellschaft gibt vielen nicht die Möglichkeit, für sich eine positive Identität zu entwickeln, da im Privatsektor Arbeitsplätze vor allem für junge, gutausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Typische Reaktionen auf den Arbeitsplatzverlust sind Arbeitsmigration, Alkoholismus oder Kriminalität. Wenn auch in unterschiedlicher Weise belasten alle diese Reaktionen den Familienzusammenhalt.

Da Arbeitslosigkeit nicht wirklich sozial abgesichert ist, führt Wirtschaftswachstum eher zu einer Zunahme sozialer Ungleichheit als zu einer Abnahme von Armut. Nach dem Verlust des Arbeitsplatzes oder im Falle eines Einkommens unterhalb des Existenzminimums ist ein „normales“ Leben einschließlich der Bezahlung von Wohnraum ohne Unterstützung anderer Familienmitglieder nicht möglich. Obdachlosigkeit ist damit häufig eine der negativen Folgen von Arbeitslosigkeit.

Schlussfolgerungen

Die Nichtberücksichtigung struktureller Faktoren der Obdachlosigkeit wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, sehr niedrige Arbeitslöhne für bestimmte Tätigkeiten, eine nicht ausreichende Sozialversicherung und das Fehlen einer Garantie auf Wohnraum führen zu zwei Formen kultureller Marginalisierung. Zum einen die konservative Variante, die die Obdachlosen beschuldigt, an ihrer Lage selbst schuld zu sein und zum anderen die liberale Variante, die gesellschaftliche Probleme verallgemeinert und ihre Schicksalhaftigkeit betont. Beide entwerfen so ein extremes Bild der Obdachlosen. Während die Konservativen sie für ganz anders halten, meinen die Liberalen, dass sie wie alle

anderen sind.

Tatsächlich sind die Obdachlosen nicht wie alle, sondern sie sind vorrangig Vertreter sozialer Randgruppen, wie Arbeitsmigranten ohne Ausbildung. Dass ihre Zugehörigkeit zu diesen Gruppen heutzutage zu Obdachlosigkeit führt, ist Folge des wirtschaftlichen Wandels und auch des Wandels im gesellschaftlichen Diskurs, der Zugang zu materiellen

Ressourcen mitdefiniert. Wie Wright feststellt, bestimmt die soziale Struktur einer Gesellschaft welche Gruppen dem Risiko der Obdachlosigkeit ausgesetzt sind und die persönlichen Eigenschaften bestimmen dann, wer in diesen Gruppen tatsächlich obdachlos wird.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über die Autorin:

Anastasia Rjabtschuk beendete im Sommer 2006 ihr Studium an der Universität Cambridge (M.Phil in Modern Society and Global Transformations) und beginnt im Oktober ihre Promotion an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS). Sie interessiert sich vor allem für Armut, soziale Ungleichheit und Obdachlosigkeit in postsowjetischen Ländern, speziell in der Ukraine. Der vorliegende Beitrag basiert auf ihrer aktuellen ukrainischsprachigen Monographie zu Obdachlosigkeit in Kiew: Anastasia Rjabtschuk: *Zaivi liudy: bezdomni na vulychah Kyieva*, Kyiv: Chetverta Hvyliya 2005.

Im Text zitierte Literatur:

- Fallic, A., Oberlander, P. (1987) Shelters or homes? A contribution to the search for solutions to homelessness in Canada: a progress report. // The Centre for Human Settlements, University of BC, Vancouver.
- Wacquant, L. (1998) Negative social capital: state breakdown and social destitution in America's urban core. In: Netherlands Journal of Housing and the Built Environment. Vol. 13, No. 1, pp. 25–40.
- Watson, P. (2000) Rethinking transition: Globalism, gender and class. In: International feminist journal of politics, 2:2 Summer 2000, pp. 185–213.
- Wright, T. (2000) Resisting homelessness: global, national and local solutions. In: Contemporary sociology, Vol. 29, No. 1, pp. 27–43.

Dokumentation

Ukraine: Kabinett reguliert Aktivitäten der Registrierungszentren für Obdachlose

Das ukrainische Ministerkabinett hat eine Resolution akzeptiert, die vom Ministerium für Arbeits- und Sozialpolitik entworfen wurde, um die Aktivitäten der Registrierungszentren für Obdachlose zu regulieren.

Bisher existiert in der Ukraine keine systematische Erfassung und Registrierung des Aufenthaltsortes von obdachlosen Menschen. Die Hauptaufgaben der Registrierungszentren sollen sein, Obdachlose zu identifizieren und zu erfassen sowie Hilfe bei der Ausübung des Rechts auf Registrierung ihres häufigsten Wohnsitzes als auch bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu bieten. Obdachlose Kinder werden, mit Einverständnis der Eltern sofern diese bekannt sind, in einem Heim für Minderjährige untergebracht.

Es ist die Aufgabe der lokalen Verwaltungen die Registrierungszentren einzurichten. Die Registrierungszentren sollen von den kommunalen Haushalten sowie durch private Spenden finanziert werden. Gemäß einem Bericht des Ministeriums für Arbeits- und Sozialpolitik vom 1. Januar 2006, existieren in 12 Regionen sowie Kiew insgesamt 25 Einrichtungen für Obdachlose, einschließlich 12 Einrichtungen, welche durch NGOs, wohltätige und religiöse Organisationen eröffnet wurden. Mehr als 4.000 Menschen beanspruchten ihre Dienste im Jahr 2005.

Quelle: FEANTSA, the European Federation of National Organisations working with the Homeless, http://www.feantsa.org/code/en/pg.asp?Page=24&pk_id_news=922 (Februar 2006)

Statistik

Unterstützungsleistungen der Stadt Kiew für Bedürftige

	Anzahl Personen	Summe der Leistungen (in UAH)	Summe der Leistungen (in USD)
Bedürftige insgesamt	87,570		
<i>darunter:</i>			
finanzielle Unterstützung	22,828	1,392,800	272,031
nicht-finanzielle Unterstützung	63,237	4,963,700	969,473
<i>darunter:</i>			
warmes Mittagessen	8,085	1,821,400	355,742
Lebensmittel	28,146	1,544,200	301,602
Arzneimittel	6,756	274,500	53,613
Haushaltswaren u.ä.	10,897	395,800	77,305

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiew 2005, S. 287.

Umfrage

Obdachlose in den Augen großstädtischer Bevölkerung

Quelle: Straßenumfragen im Jahre 1999 (nicht repräsentativ), zitiert nach: Brandon, David, Khoo, Richard (u.a.): European snapshot homeless survey: Results of questions asked of passers-by in 11 European cities, in: International Journal of Nursing Practice, Vol. 6, Nr. 1, February 2000, S. 39–45.

Warum werden Menschen obdachlos? (Mehrfachnennungen möglich)

	Kiew	Moskau	Bern	Cambridge	Wien
kein Job	24%	36%	62%	66%	91%
schlechte Unterkunft	3%	6%	10%	47%	58%
geringes staatliches Eingreifen	39%	6%	11%	36%	38%
Drogen/Alkohol	8%	56%	35%	61%	58%
Zwangsräumung	3%	25%	9%	45%	89%
Gefängnisentlassung	4%	29%	4%	39%	52%
Entlassung aus Kinderheimen oder Psychatrien	6%	7%	2%	53%	33%
Flüchtlinge	4%	56%	6%	31%	48%
persönliche Krise	6%	7%	13%	68%	70%

Kannten Sie jemals einen Obdachlosen?

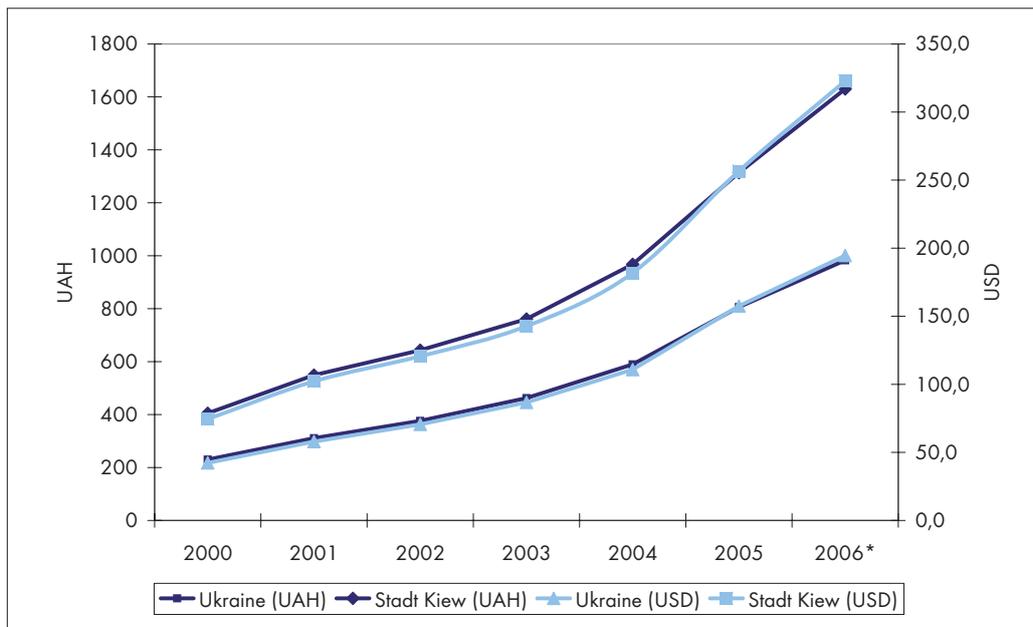
	Kiew	Moskau	Bern	Cambridge	Wien
ja	2%	9%	31%	23%	32%
nein	98%	91%	69%	75%	68%

Was sind Gefahren für Obdachlose? (Mehrfachnennungen möglich)

	Kiew	Moskau	Bern	Cambridge	Wien
Polizei	16%	37%	30%	20%	49%
kaltes Wetter	32%	77%	68%	86%	95%
Übergriffe	18%	42%	19%	63%	58%
Mangelernährung	31%	84%	47%	78%	86%
Krankheit	1%	0%	47%	0%	5%

Was muss gegen die Obdachlosigkeit getan werden? (Mehrfachnennungen möglich)

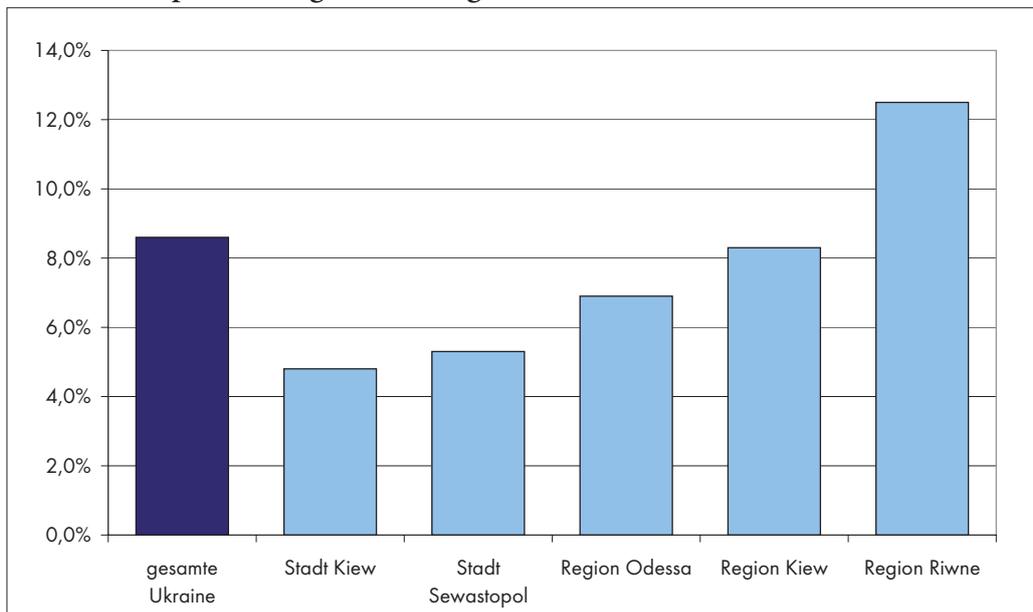
	Kiew	Moskau	Bern	Cambridge	Wien
mehr Arbeitsplätze	33%	62%	27%	43%	87%
bessere Ausbildung	11%	18%	10%	41%	72%
bezahlbare Wohnungen	11%	41%	14%	57%	85%
bessere Pläne zur Entlassung aus den Hospitälern	3%	20%	3%	38%	51%
mehr Obdachlosenheime	9%	58%	42%	62%	63%
Verhaftung von Bettlern	0%	3%	0%	6%	1%

Statistik
Die soziale Lage in der Ukraine und in Kiew
Monatlicher Durchschnittslohn 2000 – 2006


* Auf der Grundlage der Werte von Januar bis Juli gebildet

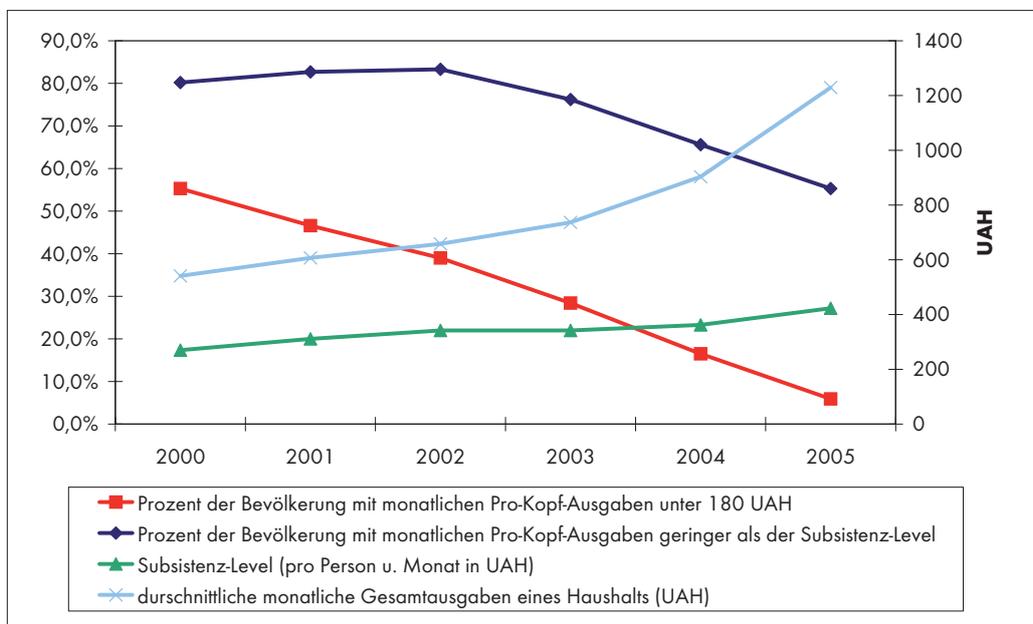
Quellen: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/gdn/reg_zp_p/reg_zpp_e/arh_rzpp_e.htm Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiew 2005, S. 240.

Arbeitslosenquote im regionalen Vergleich (2004)



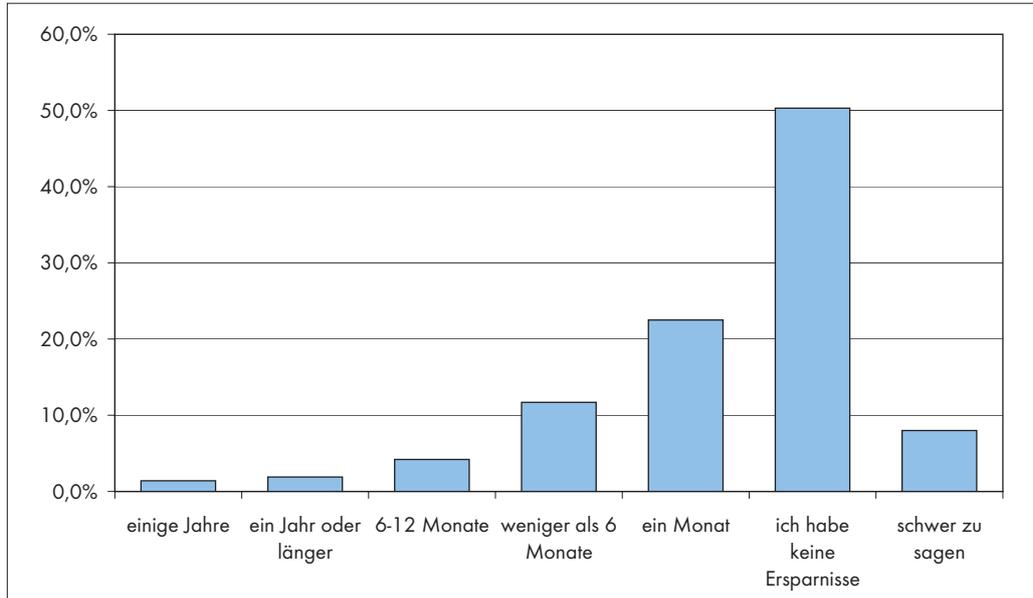
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiew 2005, S. 330.

Lebensniveau ukrainischer Haushalte



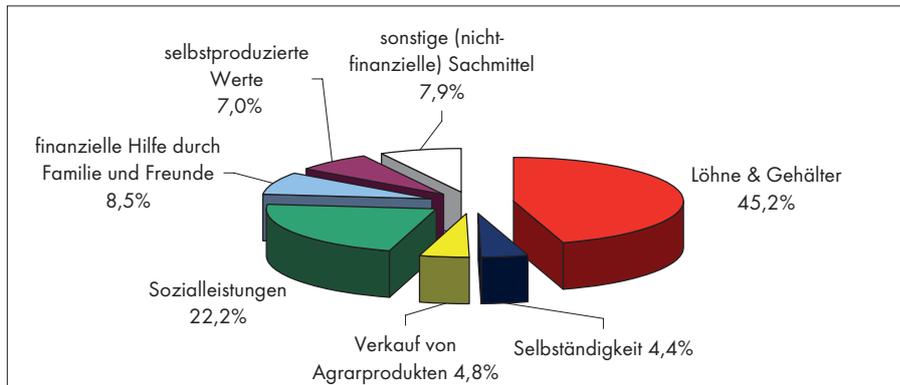
Quelle: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/gdvdg_rik/dvdg_e/2005_e.htm

Wie lange reichen Ihre Ersparnisse, falls Sie Ihren Job verlieren? (in % der Erwerbstätigen)



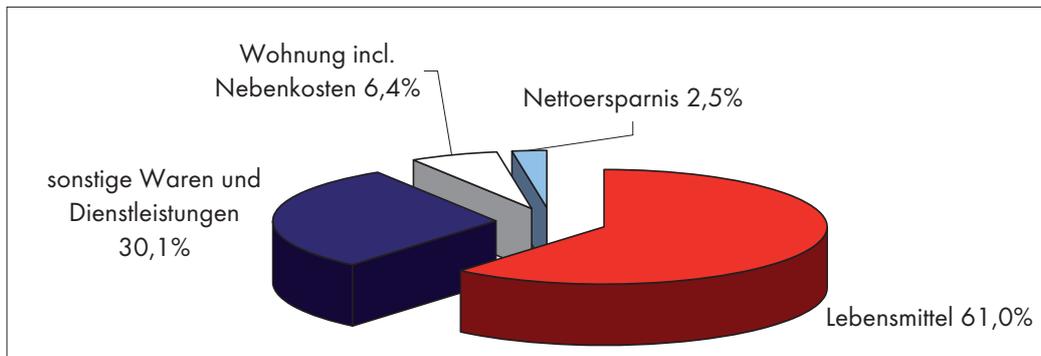
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov Centre im November 2004, in: *National Security & Defense*, Nr.1, 2005, S.58.

Einnahmen der privaten Haushalte



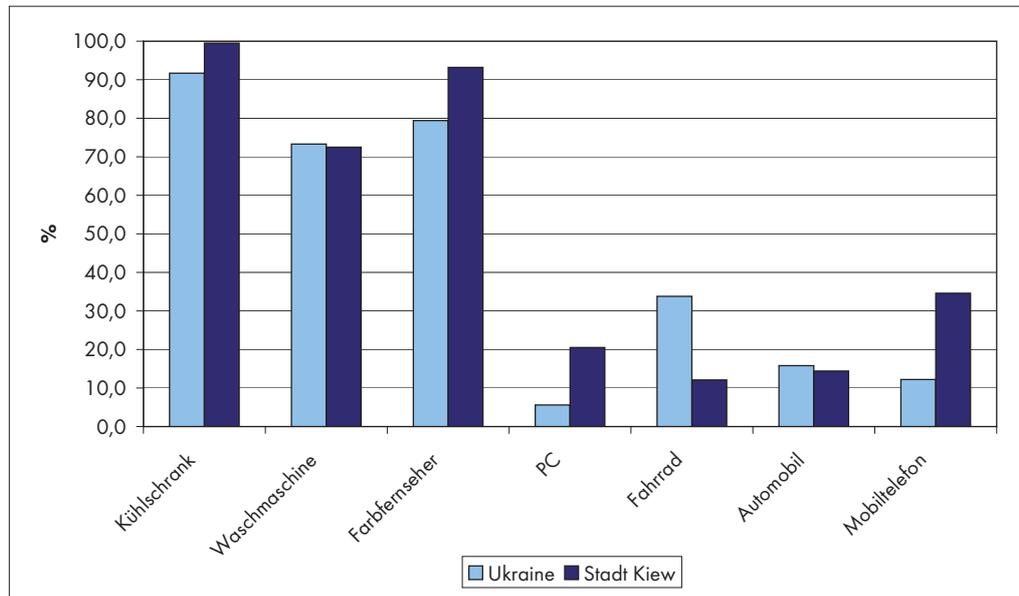
Quellen: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/gdvdg_rik/dvdg_e/2005_e.htm
 Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiew 2005, S. 249.

Ausgaben der privaten Haushalte



Quelle: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/gdvdg_rik/dvdg_e/2005_e.htm

Besitz von Gebrauchsgütern 2004



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiew 2005, S. 337.

Rangliste der reichsten und teuersten Städte der Welt

	Reichste Stadt (Rang)	teuerste Stadt (Rang)
Zürich	1	5
New York	5	2
London	8	1
Berlin	15	33
Rom	32	27
Moskau	45	41
Budapest	49	52
Kiew	61	60
Sofia	66	62
Dehli	70	70

Quellen: http://www.citymayors.com/economics/expensive_cities2.html
http://www.citymayors.com/economics/richest_cities.html

Soziale Ungleichheit

	GINI Index*	Anteil am Einkommen (c) oder am Konsum (e)	
		ärmste 10%	reichste 10%
Norwegen	25,8	3,9 (c)	23,4 (c)
Deutschland	28,3	3,2 (c)	22,1 (c)
Ukraine	29,0	3,7 (e)	23,2 (e)
Belarus	30,4	3,5 (e)	24,1 (e)
Russland	31,0	3,3 (e)	23,8 (e)
Polen	34,1	3,1 (e)	26,7 (e)
Madagaskar	47,5	1,9 (e)	36,6 (e)

Der Gini-Index ist ein statistisches Maß für Verteilungsgleichheit. Ein Wert von 0 entspricht völliger Gleichheit, ein Wert von 100 entspricht völliger Ungleichheit.

Quelle: United Nations Development Programme, http://hdr.undp.org/statistics/data/excel/hdr05_table_15.xls

Zusammengestellt von Niko Gebauer.

Chronik
Chronik vom 26. September bis zum 10. Oktober 2006

26.9.2006	Die Ukraine begeht ein zweitägiges Gedenken an das Massaker von Babyn Jar, bei dem die deutschen Besatzer im Jahre 1941 mehr als 33.000 Juden ermordeten. Präsident Viktor Juschtschenko eröffnet in Anwesenheit der Präsidenten von Israel, Kroatien und Montenegro eine Ausstellung zu Babyn Jar.
27.9.2006	Gazprom und RosUkrEnergo erklären, dass die Ukraine auch im vierten Quartal des Jahres Erdgas für 95 US-Dollar/m ³ beziehen kann. Nachdem Turkmenistan seinen Lieferpreis auf 100 US-Dollar/m ³ erhöht hat, bedeutet dies nach einer Schätzung der Moskauer UFG (Deutsche Bank Group) für RosUkrEnergo als Zwischenhändler einen Verlust von insgesamt etwa 250 Mio. US-Dollar. Für 2007 ist nach Angaben der ukrainischen Regierung ein Preis von 130 bis 145 US-Dollar/m ³ im Gespräch. Ein Vertrag für die Erdgaslieferungen an die Ukraine im Zeitraum 2007 bis 2009 soll bis Ende des Jahres abgeschlossen werden.
28.9.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch fordert von Präsident Viktor Juschtschenko die Entlassung von fünf Gouverneuren aufgrund mangelnder Fortschritte bei der Lösung sozioökonomischer Probleme ihrer Region. Alle fünf Gouverneure gehören zur Partei Unsere Ukraine von Präsident Juschtschenko. Die Kompetenz zur Ernennung und Entlassung von Gouverneuren liegt allein beim Präsidenten.
29.9.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch bietet das Parlament, das vor einer Woche verabschiedete Moratorium auf Gaspreiserhöhungen für private Haushalte zurückzunehmen. Er erklärt, dass das Moratorium „erstens nicht verfassungsgemäß war und zweitens unrealistisch, weil es das Zahlungssystem im Lande, die Wirtschaft und den Energiesektor zerstören wird“. Parlamentssprecher Oleksandr Moroz erklärt, dass er das Moratorium nicht unterzeichnen werde, weil bei seiner Verabschiedung das parlamentarische Reglement verletzt worden sei.
2.10.2006	Abgeordnete der Partei der Regionen beginnen in Charkiw einen Hungerstreik, um die von ihrer Partei geforderte Entlassung des regionalen Gouverneurs, Arsen Awakow, durchzusetzen.
3.10.2006	Präsident Viktor Juschtschenko unterzeichnet ein Gesetz, das die Reduzierung der ukrainischen Armee von 245.000 auf 200.000 Personen bis zum Jahresende 2007 vorsieht.
4.10.2006	Die Partei Unsere Ukraine erklärt ihren Wechsel in die Opposition. Die vier von der Partei gestellten Minister sollen ihre Position in der Regierung aufgeben. Die Regierungskoalition besitzt damit im Parlament eine Mehrheit von 53%. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und Präsident Viktor Juschtschenko rufen am folgenden Tag zu einer Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen auf.
5.10.2006	Das Parlament nimmt sein Moratorium auf Preiserhöhungen für die Energieversorgung der privaten Haushalte (insbesondere Erdgas) zurück. Der Block Timoschenko kündigt ein, die Rücknahme des Moratoriums vor dem Verfassungsgericht anzufechten.
9.10.2006	Der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten, Wasilij Zuschko, erklärt, dass der Wechsel der Partei Unsere Ukraine in die Opposition erst auf dem für den 21.10. geplanten Parteitag von Unsere Ukraine beschlossen werden könne und daher noch nicht offiziell sei. Die Partei Unsere Ukraine bestätigt erneut ihren Wechsel in die Opposition.
10.10.2006	Präsident Viktor Juschtschenko entlässt Vladimir Gorbunin als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates und ernennt Witalij Gaiduk zu seinem Nachfolger.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de